

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2301

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2301



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



STEUERN SENKEN

Ein faires System für mehr Geld zum Leben

Wir zahlen mit einer Quote von 59 Prozent zu viel Steuern und Abgaben. Die Spielräume für Lebenshaltung und Wohnen werden immer enger. Staat und Sozialbürokratie gehen mit unserem Geld sorglos um. Zudem ist das System zu kompliziert und ungerecht.

Daher müssen wir es ändern, vereinfachen und insbesondere Erwerbseinkommen entlasten. Der erste Schritt: Steuern- und Abgabenquote auf ein Minimum senken.

BILDUNG STÄRKEN

Vielfalt statt Einfach

Wir glauben daran, dass Talente Freiräume und individuell angepasste Förderung brauchen. Vielfalt statt Einfach gilt besonders für Bildungsinhalte, die von den Schulen bestimmt werden sollten, und nicht zum Spielball von politischen Interessen werden sollten (Bsp. Mundart im Kindergarten).

Durch freie Schulwahl sollen alle Eltern das richtige Angebot für ihre Kinder auswählen dürfen. Da nicht alle Kinder gleich sind, muss die Möglichkeit für alternative Schulmodelle gegeben sein (Bsp. Homeschooling).

Um die Unabhängigkeit der Bildung zu gewährleisten, muss die Finanzierung von Schulen und Universitäten möglichst breit abgestützt sein (Bsp. Studiengebühren, Spenden, Sponsoring).

VORSORGE

Der Wahrheit ins Auge sehen

Die Politik versagt offensichtlich bei der Organisation unserer Altersvorsorge: Die AHV leidet am sich ändernden Generationenverhältnis, das BVG an Fehlannahmen über Anlagestrategien – und Reformblockaden verhindern hier wie dort wichtige Korrekturen.

Wenn wir die Vorsorge nachhaltig und effizient gestalten wollen, ist wieder mehr Eigenverantwortung nötig: Jeder sollte die Art seiner Altersvorsorge eigenverantwortlich auswählen können, ohne der Politik ausgeliefert zu sein. Deshalb fordern wir einen Rückbau der AHV sowie eine freie Wahl der Pensionskasse.



SCHULDEN SENKEN

Keine Politik auf Kosten
kommender Generationen

Wir geben jetzt schon das Geld unserer Enkelkinder aus, denn die Schweiz leistet sich eines der teuersten Verwaltungssysteme der Welt. Überregulierungen und sinnlose Bürokratie gehören abgestellt.

Jährliche Neuverschuldung ist kein Naturgesetz. Unser Ziel: Schulden abbauen. Geht nicht, gibts nicht!

SOLIDARISCH UNTERSTÜTZEN

Zwischenmenschliche Solidarität
statt Sozialleistungsdschungel

Wir bekennen uns zur Verantwortung, jenen zu helfen, denen es weniger gut geht. Wir haben die Vision, alle Sozialleistungen durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung zu ersetzen.

Transparenz, Effizienz und Fairness sind die Grundpfeiler. Eigenverantwortung soll sich auszahlen. Unser Ziel: Wer mehr leisten will, soll auch profitieren.

Entscheidend ist, dass Sozialleistungen nicht mehr auf Bundesebene mit der Giesskanne verteilt werden, sondern auf Gemeindeebene zielgerichtet und kontrolliert gesprochen werden. So kann dem einzelnen Menschen besser geholfen und Missbräuche verhindert werden. Wo immer möglich, ist auf freiwillige Solidarität zu setzen, da nur diese den Namen wirklich verdient hat.

NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN

Innovation statt Mahnfinger

Individuelle Freiheit und nachhaltiges Wirtschaften stehen in einem Spannungsfeld. Deshalb muss durch sorgfältiges Abwägen ein gangbarer Mittelweg gewählt werden.

In der Vergangenheit wurde von der Politik immer wieder versucht, die Menschen zu einem als „korrekt“ empfunden Verhalten anzuregen. Solche Vorschriften waren jedoch oft wirkungslos oder sogar kontraproduktiv (z.B. Bio-Diesel). Wir wollen, dass der einzelne Bürger wieder mehr Entscheidungsfreiheit erhält. Gleichzeitig hat die Politik alles zu unterlassen, was heute umweltschädliches Handeln fördert (z.B. Subventionierung der Mobilität, Energie, Konsum oder Landwirtschaft). Zudem sind Technologie- und Forschungsverbote, welche die Nachhaltigkeit verbessern können, sofort aufzuheben (z.B. Gentechmoratorium).



FAMILIEN BEFREIEN

Moderne und traditionelle Familienmodelle ermöglichen

Die beste Familienpolitik ist keine Familienpolitik. Die Lebensentwürfe der Menschen sind derart unterschiedlich und vielseitig, dass es keinen einheitlichen Familienbegriff geben kann. Jeder Versuch, ein bestimmtes Modell staatlich zu fördern, stellt eine Diskriminierung aller andern Formen dar.

Die Stärkung der Familien muss über eine allgemeine Steuersenkung und den Verzicht auf sinnlosen Vorschriften („Tantenverordnungen“) erfolgen und nicht durch spezielle Zuschüsse, von denen nur bestimmte Gruppen profitieren und welche letztlich wieder durch den Mittelstand finanziert werden müssen.

Die staatliche Ehe ist durch flexible Muster-Eheverträge zu ersetzen und jegliche Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen und anderen Beziehungsformen ist zu unterlassen.

UNTERNEHMERTUM STÄRKEN

Wettbewerb statt halbstaatliche Grosskonzerne

Ein Grossteil der Jungen sucht heute nach der Ausbildung eine Stelle bei einem bestehenden Unternehmen oder gar beim Staat. Kaum jemand wünscht sich, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Damit die Schweiz der Zukunft dynamisch und erfolgreich ist, braucht es wieder mehr Risikofreude und Unternehmergeist.

Dazu muss die Politik ihre Einstellung zum Unternehmertum grundlegend ändern. Heute werden gut funktionierende und innovative Unternehmen durch Steuern und Regulierungen gelähmt, während schlecht geführte oder nicht zukunftsfähige Firmen staatlich gefördert und gerettet werden.

Durch die Abschaffung der Unternehmenssteuern, der Regulierungen und den Verzicht auf staatliche Rettungsaktionen werden Schweizer Firmen wieder risikobewusst, innovativ und erfolgreich.

WELTOFFEN UND NEUTRAL

Partnerschaften statt Patenschaften

Auch wenn sich die Schweiz gerne als „neutral“ bezeichnet, so ist sie es nicht wirklich. Durch einen Dschungel von internationalen Verträgen und Zahlung von Milliarden ins Ausland mischt sich der Bund viel zu stark in ausländische Angelegenheit ein. Wir fordern den Übergang zu einer echt weltoffenen Neutralität.

Es gibt keine bessere Entwicklungshilfe als den freien Handel auf Augenhöhe mit aufstrebenden Staaten. Klassische Entwicklungshilfe ist eine Ressourcenverschwendung, welche zudem bestehende Herrschaftsstrukturen in betroffenen Ländern zementiert.

Bilaterale Verträge sind durch unilaterale Liberalisierung zu ersetzen, um die Unabhängigkeit vom Ausland zu stärken. Ein EU- oder Nato-Beitritt ist für uns keine Option, da Probleme auf möglichst kleiner Ebene gelöst werden sollen.



LEBHAFTER ARBEITSMARKT

Jobchancen statt Beamtenmentalität

Die Schweiz hat international eine tiefe Arbeitslosenquote. Dennoch gibt es auch hierzulande viele Menschen, die keinen oder den falschen Job haben.

Die Hauptursache sind arbeitsfeindliche Gesetze und Verordnungen, welche etablierte Arbeitnehmer schützen wollen, dadurch aber Arbeitswillige vom Arbeitsmarkt ausschliessen.

Nur wenn Unternehmer die Möglichkeit haben, unmotivierte Mitarbeiter durch motivierte zu ersetzen und auf Marktveränderungen flexibel zu reagieren, können sie auch flexibel neue Stellen schaffen und Arbeitssuchenden eine Chance geben. In der Schweiz hat sich dieses flexible Modell bewährt und muss weiter ausgebaut werden.

LEBENSWEISEN RESPEKTIEREN

Toleranz und Eigenverantwortung
statt Bevormundung

Seit jeher hat der Mensch den Wunsch, als moralisch verwerflich oder ungesund empfundene Lebensweisen zu verurteilen und auch seine Mitmenschen von solchen Lebensweisen abzubringen. Dennoch waren Drogen, Alkohol, Prostitution oder ungesunde Ernährung immer Teil unserer Gesellschaft.

Wir sind der Überzeugung, dass jeder selbst entscheiden muss, wie gesund oder ungesund er leben will. Repressionspolitik ist nicht nur teuer, sondern auch wirkungslos und oft sogar kontraproduktiv. Der vernünftige Umgang mit Genussmitteln muss erlernt und kann nicht verordnet werden.

Auch Kinder müssen altersgerecht den Umgang mit solchen Genussmitteln erlernen. Staatliche Präventionsversuche und Verbote machen Drogen und andere Substanzen oft erst interessant für Junge.

KOSTENBEWUSSTSEIN FÖRDERN

Mobil bleiben, aber nicht um jeden Preis

Ein Land, das sich dynamisch entwickeln will, ist auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Allerdings wird diese Leistungsfähigkeit von der derzeitigen Verkehrspolitik und ihrer Subventionitis untergraben.

Der Steuerzahler übernimmt über 50 Prozent der Kosten jedes einzelnen Bahnbillets. Das führt zur Überlastung der Bahninfrastruktur und nicht zuletzt zur Zersiedlung. Statt blinder Ausbastrategie im öffentlichen Verkehr wäre es daher an der Zeit, die Nutzer vermehrt an den Kosten der Mobilität zu beteiligen und den Steuerzahler von diesen Kosten zu entlasten. Damit kämen die Strassenverkehrsabgaben auch wieder vollumfänglich dem Strassenverkehr zu gute.

Allerdings sollte sich auch die Strasse vermehrt nach dem Verursacherprinzip finanzieren: Wer mehr fährt, soll mehr zahlen.



AUFWACHEN STATT ÜBERWACHEN

Meine Daten gehören mir

Massive Online-Überwachung im Internet, Video-Überwachung im öffentlichen Raum, Auflösung des Bankgeheimnisses im Inland: Die staatliche Kontrolle in allen Bereichen wird langsam zur Totalüberwachung.

Oft geschieht dies im Namen der Sicherheit. Allerdings läuft diese Politik darauf hinaus, wegen ein paar wenigen Delinquenten alle mit Überwachung zu bestrafen. Auch im digitalen Zeitalter hat jeder ein Recht auf Privatsphäre.

Überwachung in jeder Hinsicht schadet der Freiheit darum stärker, als sie der Sicherheit dient. Der Staat muss nicht alles wissen; Aufklärung und Datenschutz ist darum umso wichtiger.

GESUNDHEITSWESEN HEILEN

Gesundheit in die eigene Hand nehmen

Die Schweiz verfügt über ein gutes Gesundheitssystem, das aber an vielen Orten Probleme aufweist. Leider aber schaffen die Methoden, mit denen die Politik diese Probleme lösen will, meist nur neue Probleme: Rationierung, Einschränkung der Wahlfreiheit, Zentralisierung und Umverteilung haben ein System geschaffen, das keiner mehr versteht und auch bald keiner mehr bezahlen kann.

Um das System zu entschlacken und seine Qualität zu verbessern, gibt es nur eine Möglichkeit: Der Patient sollte wieder ins Zentrum gestellt werden, und nicht politische Ziele. Die Patienten müssen die Eigenverantwortung über ihre Gesundheit wieder wahrnehmen.

Das heisst, dass die Selbstbestimmung im Bereich Gesundheit wieder gestärkt werden muss, Das heisst aber auch, dass man nicht darauf hoffen sollte, alles vom Geld anderer Leute bezahlt zu bekommen.

ATTRAKTIV FÜR LEISTUNGSTRÄGER

Ein Magnet für Menschen aus aller Welt

Die Schweiz ist auf Zuwanderung von Fachkräften angewiesen. Der Erfolg von Schweizer Unternehmen hängt davon ab, ob sie qualifizierte Arbeitskräfte finden können. Nebst einer gut ausgebildeten einheimischen Bevölkerung ist darum auch eine unkomplizierte Einwanderungspraxis ein wichtiger Standortvorteil.

Deshalb sollte die Schweiz allen offen stehen, die bereit sind, etwas zu leisten. Bis jetzt hat sich dieser Grundsatz auf europäische Einwanderer beschränkt. Es gibt aber keinen Grund, indische Biochemiker und chinesische Informatiker von der Schweiz fernzuhalten. Menschen aus aller Welt sollten in der Schweiz herzlich willkommen sein. Dafür ist aber ein flexibles und unbürokratisches Einwanderungssystem notwendig. Fixe, von der Politik festgesetzte Quoten werden den Bedürfnissen der Schweiz niemals gerecht.



PRIVAT VOR STAAT

Keine Profilierung auf Kosten der Steuerzahlenden

Heutzutage versuchen Politiker häufig, sich über grosse Projekte der öffentlichen Hand zu profilieren. Meistens handelt es sich dabei um Projekte, nach denen nicht wirklich ein Bedürfnis besteht, oder die auch mit privaten Geldern hätten realisiert werden können – meist sogar deutlich kostengünstiger.

Grossveranstaltungen, Fussballstadien, grosse Kunstprojekte und sonstige Partikularinteressen dürfen nicht mit Steuergeldern unterstützt werden. Die Aufgabe des Staates ist, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass mutige Projekte angegangen werden. Es ist hingegen keine Aufgabe der öffentlichen Hand, solche Projekte durchzuführen.

ENERGIEPOLITIK

OHNE POLITIK

Energie für Bürger statt für Politiker

Die Energiepolitik ist ein Feld, auf dem sich die Politik gerne austobt. Die Politik masst sich an zu bestimmen, wie die Energieversorgung für ein ganzes Land auszusehen hat, und scheitert dabei oft fatal.

Sämtliche Stromproduktionstechnologien profitieren so zum Beispiel von Subventionen und unterliegen der politischen Steuerung. Die Resultate sind Verschwendung, Ineffizienz und Angebotslücken.

Statt die Politik über unsere Energieversorgung entscheiden zu lassen, sollten die Bürgerinnen und Bürger das selbst tun. Jeder soll selbst wählen können, aus welchen Quellen er seinen Strom bezieht. Ein solcher Wettbewerb fördert nicht nur die Innovation im Energiesektor, sondern schafft auch einen Energiemix, welcher den Wünschen der Schweizer Bevölkerung entspricht.

WOHNUNGSBAU

NICHT BEHINDERN

Günstiger Wohnraum für alle, nicht nur für staatliche Günstlinge

Die Mieten in Schweizer Städten gelten als sehr hoch. Die Politik interveniert deshalb stark im Wohnungsmarkt. Allerdings sind der knappe Wohnraum und die hohen Mieten bereits ein Verschulden der Politik.

Denkmalschutz und Regulierungen verteuern oder verunmöglichen den Neubau von Wohnungen. Auch der "gemeinnützige Wohnungsbau" ist höchstens hilfreich für Wenige. Für alle anderen wird der Wohnraum noch knapper und die Mieten noch höher, zusätzlich müssen sie den gemeinnützigen Wohnungsbau über Steuergelder finanzieren. Hinzu kommt, dass häufig gut vernetzte Personen in den Genuss des staatlichen Wohnbaus kommen und selten sozial Bedürftige.

Die Politik muss daher nicht Wohnraum bereitstellen; sie muss damit aufhören, das Schaffen von neuem Wohnraum zu verhindern.



LANDWIRTSCHAFT MODERNISIEREN

Marke Schweiz nutzen statt
auf Subventionen hoffen

Die Schweizer Landwirtschaft ist zu recht bekannt für die hohe Qualität ihrer Produkte. Allerdings führt auch in der Landwirtschaft die Kontrolle der Politik dazu, dass veraltete Strukturen bewahrt und Modernisierungen hinausgeschoben werden. Mit Direktzahlungen in Milliardenhöhe und einer strengen Zollpolitik wird die Schweizer Landwirtschaft vom internationalen Wettbewerb isoliert. Die Leidtragenden sind die Konsumenten: Jährlich zahlen sie ein Vielfaches mehr als die Konsumenten in anderen Ländern.

Statt auf die Gutmütigkeit der Politik zu hoffen, sollte die Schweizer Landwirtschaft sich in Zukunft deshalb vermehrt auf den Konsumenten konzentrieren. Wenn sie qualitativ hochwertige Produkte liefert und die Marke Schweiz geschickt nutzt, wird sie weiterhin die Wertschätzung des Konsumenten erfahren – und damit erst recht zukunftsfähig werden.

GRUNDSÄTZLICH BLEIBEN

Mehr Verantwortung für den Einzelnen

Tauchen heutzutage Probleme auf, wird häufig schnell nach der Politik gerufen, um diese Probleme zu lösen. Allerdings ist die Politik nie die Lösung, sondern das eigentliche Problem. Jeder Einzelne weiss selbst besser, wie er sein Leben zu führen hat, als irgendein Politiker.

Statt immer auf politische Gesamtlösungen zu hoffen, muss das Individuum die Verantwortung über sein Leben zurückerhalten. Nur eine Gesellschaft, in der jeder über sich selbst bestimmen kann, wird der Vielfalt der Menschen gerecht. Dieser Grundsatz - und scheint er manchmal noch so anstrengend - sollte im Zentrum aller politischen Diskussionen stehen.